

Baubeschreibung / Vorbemerkungen mit allgemeinen und technischen Angaben

GMT 2026 Paket 9 Los 4

Bauabschnitt 2

Projekt G.016125812

Strecke 1110 Eutin – Bad Schwartau,

Gleisauswechslung mit Bettungsreinigung und PSS

Teilabschnitt: Pönitz – Pansdorf von Weichenanfang Weiche 71W1 Bf Pönitz km 11,924 bis Weichenanfang Weiche 70W1 Bf Pansdorf km 18,866

inkl. Erneuerung von BÜ Ausplattungen am Bahnübergang km 18,546

DB InfraGO AG
Regionalbereich Nord
Projektrealisierung Hamburg und Bremen (I.IA-N-P32)
Hammerbrookstraße 44
20097 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

A. Projektübersicht	5
B. Angaben zur Baustelle und Ausführung	6
0.1 Angaben zur Baustelle	6
0.1.1 Lage der Baustelle.....	6
0.1.2 Besondere Belastungen.....	7
0.1.3 Vorhandene Anlagen	8
0.1.3.1 Hindernisse und bauliche Anlagen der DB AG	8
0.1.3.2 Kabel und Leitungen Dritter.....	10
0.1.3.3 Angaben zur Strecke / zu den Strecken	10
0.1.3.4 Oberbau.....	11
0.1.4 Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle.....	13
0.1.5 Freizuhaltende Flächen	13
0.1.6 bleibt frei.....	14
0.1.7 bleibt frei.....	14
0.1.8 Lage und Ausmaß dem AN überlassener Fläche.....	14
0.1.9 Baugrund.....	15
0.1.10 Bleibt frei	15
0.1.11 Bleibt frei	15
0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung	15
0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten.....	15
0.1.14 Schutzmaßnahmen.....	16
0.1.15 bleibt frei.....	16
0.1.16 bleibt frei.....	16
0.1.17 Hindernisse.....	16
0.1.18 Kampfmittel.....	16
0.1.18.1 Kampfmittelfreimessung	16
0.1.18.2 Gestellung Fachaufsicht für Kampfmittelräumung.....	17
0.1.19 Baustellenverordnung.....	17
0.1.20 Auflagen Dritter.....	17
0.1.21 bleibt frei.....	17
0.1.22 Vorarbeiten des AG	17
0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer	17
0.2 Angaben zur Ausführung.....	18
0.2.1 Bauablauf	18
0.2.2 Erschwernisse	20
0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan	20
0.2.4 Sicherungsmaßnahmen (gem. DIN 18325 0.2.7).....	20

0.2.4.1	Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AG.....	20
0.2.4.2	Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AN.....	20
0.2.5	Kontaminierte Bereiche.....	20
0.2.6	Besondere Anforderungen an Baustelleneinrichtungen	20
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	21
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen	21
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer.....	21
0.2.10	bleibt frei.....	21
0.2.11	bleibt frei.....	21
0.2.12	bleibt frei.....	21
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise	21
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial	21
0.2.14	Umgang mit aufarbeitungsfähigen Stoffen	22
	LST-, TK-Reststoffe und Schrott.....	22
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen	23
0.2.15.1	Entsorgung durch den Auftraggeber / Zuführungskonzept.....	24
0.2.15.1.1	Entsorgungs- und Zuführungskonzept.....	24
0.2.15.1.2	Handhabung von Bodenaushub und Bauabfällen	24
0.2.15.1.3	Deklarationsanalytik.....	25
0.2.15.2	Entsorgung durch den Auftragnehmer / Zuführung	25
0.2.15.2.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	26
0.2.15.2.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer.....	27
0.2.15.2.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle	27
0.2.15.2.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung.....	28
0.2.15.2.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle	29
0.2.15.2.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchmaterial.....	30
0.2.15.2.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffe sowie Schrott.....	31
0.2.15.2.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung.....	31
0.2.15.2.9	Deklarationsanalytik.....	32
0.2.15.2.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen.....	32
0.2.15.2.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren	32
0.2.15.2.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle.....	33
0.2.15.2.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle	34
0.2.15.2.10.4	Einbaudokumentation gemäß Ersatzbaustoff-Verordnung.....	35

0.2.15.2.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	36
0.2.15.2.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen	36
0.2.16	Materialbeistellung durch Auftraggeber.....	37
0.2.17	Materialliefer- und Abfuhrplan.....	38
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer	38
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	38
0.2.20	bleibt frei.....	39
0.2.21	bleibt frei.....	39
0.2.22	bleibt frei.....	39
0.2.23	Betriebliche Angaben (gem. DIN 18325 0.2.3 und 18325 0.2.5)	39
0.2.24	Oberleitung (gem. DIN 18325 0.2.6)	39
0.2.25	Ausführung Bettungsarbeiten	40
0.2.26	Ausführung Rand- und Rangierwegarbeiten	40
0.2.27	Ausführung Planumsverbesserung	40
0.2.28	Ausführung Entwässerungseinrichtung.....	41
0.2.29	Arbeiten im Tunnel (gem. DIN 18325 0.1.6).....	41
0.2.30	Arbeiten an Signalanlagen – Durchführung durch AN.....	41
0.2.31	Arbeiten Rückstromführung, Bahnerdung, Potenzialausgleich.....	41
0.2.32	Gleis-/Bauvermessung und Lichtraummessung.....	41
0.2.32.1	Absteckung.....	41
0.2.32.2	Abnahmevermessung.....	42
0.2.32.3	Lichtraummessung (und Engstellendokumentation)	42
0.2.33	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	42
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV	43
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und besonderen Leistungen.....	43
0.4.1	Nebenleistungen.....	43
0.4.2	Besondere Leistungen.....	43
0.5	Technische Bearbeitung.....	43
0.5.1	Ausführungsunterlagen.....	43
0.5.2	Bestandsunterlagen und Dokumentation	43
0.5.3	Bauzeitenplan (Konkretisierung zu BVB 16.2)	44

Alle Regelungen dieser Baubeschreibung/Vorbemerkungen sind bei der Preisbildung zu berücksichtigen.

A. Projektübersicht

Bauabschnitt Nr.:	Bezeichnung / Leistungsschwerpunkte
Bereich 20	<u>Zusammenhangsleistungen</u>
Bereich 21	<p><u>GE mit bereichsweisem PSS-Einbau, Pönitz – Pansdorf DB Strecke 1110</u></p> <p>Gleiserneuerung im Fließbandverfahren 6.950 m Bettungsreinigung im Fließbandverfahren 6.950 m PSS-Einbau im Fließbandverfahren: (incl. Übergangskeile) 2.140 m</p> <p>Erneuerung von BÜ-Ausplattungen an den Bahnübergängen: BÜ 13,5 / Ziegelhof und BÜ 18,5 / Pansdorf.</p> <p>Bauzeitlicher Aus- und Einbau der BÜ-Ausplattungen an den Bahnübergängen: BÜ 13,7 / Heldenallee, BÜ 14,1 / Kielkoppel, BÜ 14,6 / Garkau, BÜ 15,5 / Schulendorf, BÜ 17,4 / Luschendorf und BÜ 18,8 / Mühlenberg.</p>

B. Angaben zur Baustelle und Ausführung

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle

Bundesland:	Schleswig-Holstein
Stadt/Landkreis:	Ostholstein
Lage im Netz:	
Strecke:	1110
von	Eutin - Scharbeutz
Umbaubereiche:	
GE Pönitz – Pansdorf:	km 11,924 – km 18,866

Lage des Bahnkörpers:

überwiegend in Geländegleichlage, bereichsweise leichte Damm- bzw. Einschnittlage

An den Baubereich grenzen:

Ortslagen Gemeinden Pönitz, Gleschendorf, Schulendorf, Luschendorf und Pansdorf mit unmittelbar angrenzenden Wohn- und Gewerbebebauungen.

Im gesamten Umbaubereich grenzen hauptsächlich land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen an.

Zugangsmöglichkeiten zu den Arbeitsstellen:

Die Baustelle ist für Baustellenpersonal über die vorhandenen Bahnübergänge und Haltepunkte im Bereich von Pönitz bis Pansdorf erreichbar.

Die Zuführung aller Oberbaustoffe ist ausschließlich per Bahn vorgesehen. Während des Umbaus steht der Gleisanschluss der Bundeswehrkaserne „Oberst-Herrmann-Kaserne Eutin“ ehem. Strecke v.u.n. Neustadt (Holst) von km 48,4 bis km 50,0 (GEA) zur Verfügung. Hier ist auch die Zuführung PSS-Material per Lkw möglich.

Zufahrt zum Anschlussgleis der Bundeswehr Gleis 10, 11:

Zufahrt für Lkw über das öffentliche Straßennetz:

Über die Oldenburger Landstraße, neben der Oberst-Herrmann-Kaserne, über den angrenzenden Forstweg bis zur Baustelleneinrichtungs- und Zwischenlagerfläche für Oberbaustoffe mit PKW/LKW. Alternativ wäre die Zufahrt für Pkw/Lkw auch über das Gewerbegebiet, über die Albert-Einstein-Straße möglich. Hier müsste von km 49,85 bis km 50,0 jedoch eine bauzeitliche Zufahrt angelegt werden.

Beschaffenheit der Zufahrtsmöglichkeiten:

Die Bundeswehr wurde über die bevorstehenden Baumaßnahmen informiert und es besteht kein Risiko zwecks An- und Abtransports von Materialien und Baustoffen.

Bedingung für Nutzung des Bundeswehranschlusses:

Auf Grund der vorhandenen kritischen geostrategischen Lage ist im Krisenfall eine kurzfristige Nutzbarkeit des Bundeswehranschlusses in der Bautechnologie zu berücksichtigen.

Eingleisstellen für 2-Wege Fahrzeuge:

Die Aufgleismöglichkeit besteht an allen im Umbaubereich befindlichen Bahnübergängen.

Weitere Aufgleismöglichkeiten werden durch den AG nicht zur Verfügung gestellt. Diese sind bei Bedarf durch den AN eigenständig herzustellen und anschließend vollständig rückzubauen.

Für die Ausführung dem AN überlassene Arbeitsgleise:

Tarifpunkte: Maschen Rbf (TP-Nr: 017533)

Die für die Arbeitszüge notwendigen Gleise und Weichen in den entsprechenden Bahnhöfen hat sich der AN in eigener Verantwortung anzumieten. (optional nach regionaler Erfordernis und Möglichkeit). Die Kosten hierfür sind in den entsprechenden Logistikpositionen mit einzurechnen.

Nachstehend aufgeführte Gleise wurden im Rahmen der Planung als Logistikgleise vorangefragt (nicht angemietet!) und in der Machbarkeitsstudie berücksichtigt.

Tarifpunkt:	(Hamburg) Maschen Rbf
Logistikgleise Gleisumbau:	Gleisanschluss Bundeswehrekaserne Eutin (Gl.10 und 11) Gleis 1 in Pönitz und Gleis 1 (Bahnsteiggleis) in Pansdorf während des Umbaus Die Verfügbarkeit weiterer Gleise in Lübeck Hgbf (2 Gleise) alternativ 2 Gleise in Lübeck Hbf, ist noch in Prüfung.

Über die vorgenannten Gleise hinausgehende Gleise und Flächen hat sich der AN in eigener Verantwortung anzumieten bzw. zu reservieren. (optional nach regionalem Erfordernis und Möglichkeit). Alle für die Nutzung der Zufahrten und Flächen erforderlichen behördlichen Genehmigungen sind Sache des AN und gegenüber dem AG nachzuweisen.

0.1.2 Besondere Belastungen

Keine Belastungen aus Immissionen sowie aus besonderen klimatischen Bedingungen.

0.1.3 Vorhandene Anlagen

0.1.3.1 Hindernisse und bauliche Anlagen der DB AG

Lage und Art der der DB AG bekannten Hindernisse und baulichen Anlagen die sich im Umkreis von bis zu 2,5 m (*bei PLV- und TE-Maßnahmen Entfernung anpassen*) von der Gleisachse befinden sind den Meßradprotokollen zu entnehmen.

Aufnahme / Meßradprotokoll

Station von km	Station bis km	Anlage / Bemerkung	Seite (bezogen auf km-Richtung)	Abstand (m) zur Gleisachse
11,924	18,868	„Messradprotokoll Pönitz-Pansdorf“ siehe Anlage 3.4.1.		

Entwässerungsanlagen

Im Streckenabschnitt Pönitz - Pansdorf sind bereichsweise parallel zum Gleis verlaufende Bahnkörperentwässerungen in Form von Tiefenentwässerungen / Grabenverrohrungen mit Betonschächten vorhanden. Die Lage kann aus den Lageplänen entnommen werden. Die Entwässerungsanlagen verlaufen im Mittel bei ca. 3 bis 3,5 m Abstand zur GA. Die Rohrsohlen liegen bei ca. 1,0 bis 1,2 m u. SO. Bestandsunterlagen zu den vorhandenen Bahnkörperentwässerungen liegen nicht vor.

Ingenieurbauwerke

Folgende Ingenieurbauwerke befinden sich im Sperrbereich:

- SÜ B432 km 12,063

Durchlässe

- Plattendurchlass km 14,580 – Überdeckung > 1,5 m, genaue Überdeckung unbekannt
- Plattendurchlass km 14,818 – Überdeckung > 1,5 m, Überdeckung unbekannt
- Rohrdurchlass km 15,200 – Überdeckung ca. 2 m
- Rohr- und Plattendurchlass km 15,413 – Überdeckung > 1,5 m, genaue Überdeckung unbekannt
- Rohrdurchlass km 15,546 – Überdeckung ca. 1,55 m
- Durchlass km 16,431 – Überdeckung > 1,5 m, genaue Überdeckung unbekannt
- Durchlass km 16,690 – Überdeckung > 1,5 m, genaue Überdeckung unbekannt

Personenverkehrsanlagen

Folgende Personenverkehrsanlagen befinden sich im Sperrbereich jedoch nicht im Umbaubereich:

Bf Pönitz

- Außenbahnsteig Gleis 1 Bf Pönitz km 11,440 – km 11,700
Kantenhöhe 0,55 m über SO + Kantenabstand $\geq 1,65$ m

Bf Pansdorf

- Außenbahnsteig Gleis 1 Bf Pansdorf km 19,076 – km 19,445
Kantenhöhe 0,76 m über SO

Folgende Personenverkehrsanlagen befinden sich im Umbaubereich:

Ehem. Hp Gleschendorf (außer Betrieb)

- km 13,768 – km 13,913 (ca. 145 m)
Rückbau vorh. Bahnsteigkante, H=0,25 m; 1,55 von Gleisachse
gerammte Altschienen und Stahltragschwellen
Befestigung: unbefestigt

Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Im Sperr- und Umbaubereich befinden sich diverse Ein- und Ausschalterschleifen, Anrückmeldeschleifen von Bahnübergängen. Der bauzeitlich erforderliche Aus- und Einbau erfolgt durch die Fachdienste innerhalb der vorgegebenen Zeitfenster.

Folgende technisch gesicherten Bahnübergänge sind mittelbar und unmittelbar betroffen:

Im Sperrbereich jedoch nicht im Umbaubereich

- Bahnübergang km 11,755 / Pönitz (Ahrensböcker Str.) (RBÜT LzH/F- Hp)
- Bahnübergang km 19,530 / Techauer Weg (RBÜT LzH/F- Hp)

Im Umbaubereich:

- Bahnübergang km 13,454 / Ziegelhof (RBÜT Lz- Fü)
- Bahnübergang km 13,749 / Heldenallee (RBÜT LzH- Fü)
- Bahnübergang km 14,183 / Kielkoppel (RBÜT Lz- Fü)
- Bahnübergang km 14,656 / Garkau (RBÜT LzH- Fü)
- Bahnübergang km 15,547 / Schulendorf (RBÜT LzH/F- Fü)
- Bahnübergang km 17,429 / Luschendorf (BÜS 2000 LzH- Fü)
- Bahnübergang km 18,546 / Pansdorf (RBÜT LzH/F- Hp)
- Bahnübergang km 18,846 / Mühlenberg (RBÜT LzH- Hp)

- Schienenfußkabel linke Schiene von km 12,229 (Az + Indusi) bis km 12,490 (Indusi)
- Einfahrsignal 71F Bf Pönitz mit Indusi und Az linke Schiene in km 12,229
- Einfahrvorsignal 72Vf km 13,212 mit Indusi linke Schiene inkl. Vorsignalbaken, siehe Lp
- Einfahrsignal 70A Bf Pansdorf mit Indusi und Az rechte Schiene in km 18,477
- Einfahrvorsignal 70Va km 17,482 mit Indusi rechte Schiene inkl. Vorsignalbaken, siehe Lp

Alle im Rahmen des oberbautechnischen Ortsaufnahme aufgenommen LST-Anlagen können mit Ausnahme der Erden aus den Messradprotokollen und Lageplänen entnommen werden.

Anlagen der Telekommunikation

Im Bereich der freien Strecke als auch an allen technisch gesicherten Bahnübergängen sind Streckenfernsprecher vorhanden.

Das Streckenkabel verläuft überwiegend in Erdlegung. Angaben zur genauen Lage mit Abstand zum Gleis und Verlegetiefe liegen nicht vor und sind im Vorfeld mittels Suchschachtungen zu ermitteln.

Kabelanlagen DB

Alle während der Ortsaufnahme ermittelten und bekannten Kabelkanalanlagen, Kabeltrassen und Kabelquerungen sind aus den Messradprotokollen zu entnehmen und in den Lageplänen dargestellt.

Anmerkungen:

Im Rahmen der Vorarbeiten bzw. mit Beginn der Sperrpause sind an allen kritischen Stellen Suchschachtungen zur Ermittlung der genauen Lage parallel zum Gleis bzw. das Umbaugleis kreuzender Erdkabel und Leitungen herzustellen.

Alle im Bereich des Umbaugleises verlaufenden Kabelkanaltrassen, vorhandene Schächte sowie die ungefähre Lage von Erdkabeln, die mit Kabelmerksteinen im Bestand markiert sind, sind in den Lageplänen eingetragen und während des Umbaus zu sichern.

Im Bereich der freien Strecke werden mit Beginn der Sperrpause durch den Fachdienst LST bzw. durch ein vom Fachdienst beauftragtes RV-Unternehmen alle LST Gleisschaltmittel (Fahrschleifen, Az, Indusis) sowie Schienenfußkabel und Verseilungen ausgebaut und vor Ende der Sperrung wieder eingebaut und geprüft.

Entsprechende Zeiten sind im Bauablauf des AN Bau zwingend zu beachten, da diese Zeiten nicht zum Gleisumbau zur Verfügung stehen.

Vor Umbauende muss die Funktionstüchtigkeit der technisch gesicherten Bahnübergänge mittels Probefahrt geprüft werden. Die Beistellung des schienengebundenen Fahrzeuges (Az-Lok mit Personal) und Durchführung der Probefahrt (beide Richtungen im Umbaugleis) ist eine Leistung des AN - siehe gesonderte Leistungsposition.

Ergänzende Angaben sind der Gewerkeliste „Hindernisse und bauliche Anlagen“ im Anhang zu entnehmen.

An dieser Stelle wird auf die besondere Sorgfaltspflicht des AN hingewiesen, sich mit den oben genannten Hindernissen und baulichen Anlagen **vor Beginn** der Bauarbeiten vertraut zu machen.

0.1.3.2 Kabel und Leitungen Dritter

Lage und Art der der DB AG bekannten Kabel und Leitungen Dritter:

Alle der DB bekannten Leitungen und Kabel Dritter sind in den Lageplänen dargestellt.

0.1.3.3 Angaben zur Strecke / zu den Strecken

Strecke 1110

Streckenstandard	R 120
Streckenklasse nach V3	CE
max. Radsatzlast n. V3	20,0 t
geplant:	22,5 t (D4)
längenbezogene Fahrzeugmasse	8 t/m
Belastung:	≥ 20.000 bis < 30.000 Lt/d
Lichtraumumgrenzung	keine Einschränkung nach EBO
Geschwindigkeit lt. VzG:	120 km/h (gem. V3)

Gleisgeometrie:

Kleinster Radius:	≥ 730 m (km 13,605 – km 13,627)
Größte Überhöhung:	≤ 125 (km 13,605 – km 13,627)
Größte Längsneigung:	≥ -6,82 ‰ (km 18,603 bis km 18,860)
Gleisabstand:	eingleisige Strecke

0.1.3.4 Oberbau

Oberbauanordnung:

Gleiserneuerung/ Weichenerneuerung	vorhandene Anlage	geplante Anlage
Strecke Strecke 1110 GE km 11,924 – 18,866 mit bereichsweisem Ein- bau PSS	W-54-B70-1667 (ca.190m), KS-54-B53-1588, K-54-H-1667 (ca. 325 m), K-54-B53/B55-1588	W-54-B70-1538 bzw. W-54-B90-1667 (BÜ-Bereiche)
BÜ: km 13,545 Ziegelhof Erneuerung Eindeckung und GE komplett ohne PSS	K-54-H-1667 Gleiseindeckung: Innen: ecoSTRAIL® (7 Platten) Außen: Asphalt	W-54-B90-1667 mit verzinktem Kleineisen Erneuerung Gleiseindeckung: Innen: innoSTRAIL® (7 x 900 mm breit) Außen: Asphalt
BÜ: km 13,749 Heldenallee GE komplett ohne PSS	12 m KS-54-H-1667 18,6 m W 54-B70-1667 14 m K-54-B53-1588 Gleiseindeckung: Innen: BODAN (22 x 600 mm breit) Außen: BODAN (je 11 x 1.200 mm breit) mit Auflagerstein	W-54-B90-1667 mit verzinktem Kleineisen Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: BODAN (22 x 600 mm breit) Außen: BODAN (je 11 x 1.200 mm breit) mit Auflagerstein Erneuerung Gummiprofile und Auflagersteine
BÜ: km 14,183 Kielkoppel GE komplett ohne PSS	15,4 m K-54-B53-1667 9,4 m W-54-B90-1667 1,8 m K-54-H-1667 Gleiseindeckung: Innen: innoSTRAIL® (7 x 900 mm breit) Außen: Asphalt	W-54-B90-1667 mit verzinktem Kleineisen Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: innoSTRAIL® (7 x 900 mm breit) Außen: Asphalt
BÜ: km 14,656 Garkau GE komplett ohne PSS	43 m W-54-B90-1667 Gleiseindeckung: Innen: STRAIL® (10 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (br 10 x 1.200 mm breit, bl 9 x 1.200 mm breit) mit T-Borden	Wiedereinbau W-54-B90-1667 Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: STRAIL® (10 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (br 10 x 1.200 mm breit, bl 9 x 1.200 mm breit) <u>Einbau neuer Betonbreitborde</u>

Gleiserneuerung/ Weichenerneuerung	vorhandene Anlage	geplante Anlage
		Nachrüstung verzinktes Kleinei- sen an B90-Schwellen
BÜ: km 15,547 Schulendorf GE komplett ohne PSS, Nachrüstung Sicker- schacht für Rinnenan- schluss 3.Quadrant	W-54-B90-1667 <u>Gleiseindeckung:</u> Innen: STRAIL® (11 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (je 11 x 1.200 mm breit) mit T-Borden	Wiedereinbau W-54-B90-1667 Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: STRAIL® (11 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (je 11 x 1.200 mm breit) <u>Einbau neuer Betonbreitborde</u> Nachrüstung verzinktes Kleinei- sen an B90-Schwellen
BÜ: km 17,429 Luschendorf GE komplett mit PSS	6,6 m K-54-B53/55-1667 12,0 m W-54-B70-1667 18,6 m W-54-B90-1667 <u>Gleiseindeckung:</u> Innen: innoSTRAIL® (6 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (je 6 x 1.200 mm breit) mit T-Borden	Wiedereinbau W-54-B90-1667 Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: innoSTRAIL® (6 x 1.200 mm breit) Außen: STRAIL713® (je 6 x 1.200 mm breit) <u>Einbau neuer Betonbreitborde</u> Nachrüstung verzinktes Kleinei- sen an B90-Schwellen
BÜ: km 18,546 Pansdorf Erneuerung Eindeckung und GE komplett ohne PSS, Nachrüstung Auffang- /Sickermulde für An- schluss an Rinne	6,6 m K-54-B53-1667 12,0 m W-54-B70-1667 <u>Gleiseindeckung:</u> Innen: BODAN (28 St) Außen: BODAN (13 St + 14 St) mit L-Borden	W-54-B90-1667 mit verzinktem Kleineisen Erneuerung Gleiseindeckung: Innen: STRAIL® (14 x 1.200 mm breit) Außen: pontiSTRAIL713® (br 14 x 1.200 mm breit, bl 13 x 1.200 mm breit) mit Betonbreitborden
BÜ: km 18,850 Mühlenberg Schienenerneuerung	W-54-B90-1667 <u>Gleiseindeckung:</u> Innen: innoSTRAIL® (7 x 900 mm breit) Außen: Asphalt	W-54-B90-1667 (Bestand) Wiedereinbau Gleiseindeckung: Innen: STRAIL® (11 x 1.200 mm breit) Außen: Asphalt Nachrüstung verzinktes Kleinei- sen an B90-Schwellen

Details zum Aus- und Einbau des Oberbaus sind dem beigefügten Lageplansatz zu entnehmen.

0.1.4 Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle

Siehe auch Betriebliche Regelungen siehe Punkt 0.2.23

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

GE mit PSS (bereichsweise), Strecke 1110: Die Baumaßnahme findet unter Totalsperrung statt

Angaben zu Bahnübergängen während der Bauarbeiten:

Die im Umbaubereich vorhandenen Bahnübergänge:

- BÜ 13,545 / Ziegelhof; Wirtschaftsweg
- BÜ 13,749 / Heldenallee; Kommunalstraße
- BÜ 14,183 / Kielkoppel; Wirtschaftsweg
- BÜ 14,565 / Garkau; Kreisstraße
- BÜ 15,547 / Schulendorf; Kommunalstraße
- BÜ 17,429 / Luschendorf; Anliegerstraße
- BÜ 18,546 / Pansdorf; Landesstraße 183 und
- BÜ 18,846 / Mühlenberg; Kommunalstraße

sind über den Umbauzeitraum vom 15.11.2026 bis 03.12.2026 für Straßenverkehr durchgehend zu sperren. Eine entsprechende Voranfrage bei den zuständigen Verkehrsverwaltungen der Gemeinden Ratekau (BÜ 13,5 bis BÜ 15,5) und Scharbeutz (BÜ 17,4 bis BÜ 18,8) wurde durchgeführt. Nach mündlicher Vorinformation sehen die Verkehrsverwaltungen die parallele Sperrung auf Grund der kurzen Bauzeit und der Umfahrbarkeit unkritisch an. Mit Ausnahme des BÜ 17,4 / Luschendorf können die Überwege bauzeitlich umfahren werden. Ampelanlagen sind daher nicht erforderlich.

Anmerkung: Am BÜ 17,4 / Luschendorf existieren mehrere Wohnbebauungen in einem Abstand bis zu 200 m, deren Anlieger auf den BÜ angewiesen sind. Es ist ein provisorischer Parkplatz auf der bahnlinken Seite sowie ein provisorischer Überweg für Fußgänger und Radfahrer mittels Alugrabenbrücke o.ä. während der BÜ-Sperrung vorzuhalten und zwischen den Arbeitsgängen jew. einzulegen um die Erreichbarkeit der Wohnbebauungen bauzeitlich sicherzustellen. Mehrmaliges Ein- und Ausbauen ist einzuberechnen.

Feuerwehr und Anwohner sind im Vorfeld über die Baumaßnahme zu informieren.

Für den Havariefall (medizinischer Notfall, Einsatz der Feuerwehr) ist sicherzustellen, dass die Rettungskräfte zum Einsatzort gelangen. Hierzu hat im Vorfeld eine Abstimmung mit den Rettungsdiensten zu erfolgen.

Durch den AN Bau sind rechtzeitig vor Baubeginn die Anträge auf Verkehrsrechtliche Anordnung bei den Verkehrsverwaltungen der Gemeinden Ratekau und Scharbeutz zu stellen.

folgende Besonderheit ergibt sich für die Baulogistik:

Sollten Transporte mit Fahrzeugen oberhalb der Streckenklasse D4 und Achslasten oberhalb von 22,5 t stattfinden, sind BzA - Anträge zu stellen.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.6 bleibt frei

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 Lage und Ausmaß dem AN überlassener Fläche.

Bereitstellungsflächen:

BE-Flächen:

Als Baustelleneinrichtungs-, Vorlager- und Umladefläche **1** steht bahnrechts im Abschnitt von km 11,8 bis in Höhe km 12,14 (ab ESTW-Gebäude bis Ende ehem. Ausziehgleis 4), der ehem. Güter- und Ladestraßenbereich des Bahnhofs Pönitz zur Verfügung (siehe Lageplan).

Als Baustelleneinrichtungs-, Vorlager- und Umladefläche **2** steht der Bundeswehranschlusses (Gl.10 und 11, ehem. Str. 1023 in Eutin) im Bereich unmittelbar hinter und neben der Seiten- und Kopframpe zur Verfügung (siehe Lageplan). Die Anschlussgleise können auch als Logistikgleise genutzt werden.

Die vorgenannte Fläche gehört zur Oberst-Herrmann-Kaserne Eutin und wurde bereits für die Nutzung angefragt, die Anmietung ist durch den AN erforderlich. Absprachen zur Herrichtung der Baustelleneinrichtungsflächen, Umlade- und Lagerflächen auf der angegebenen Grünfläche sind bitte im Vorhinein mit dem BwDLZ PLÖN Geländebetreuungsdienst (Herr Fritz) zu treffen.

Auflage:

- Auf Grund der aktuellen kritischen geostrategischen Lage muss eine unverzügliche Nutzung der Verladerampe und der Bahngleise im Falle einer militärischen Notwendigkeit reibungslos gegeben sein.

Die Nutzung des ehem. Gütergleisbereiches in Eutin ist in Rücksprache mit der Stadt Eutin (Eigentümer) im Umbauzeitraum nicht möglich.

Die Anmietung aller vorgesehenen Flächen obliegt dem AN, die vorgenannte Fläche befindet sich nicht im Eigentum der DB AG. Der tatsächlich gemäß Technologie des AN erforderliche Flächenbedarf ist durch den AN festzulegen, dem Eigentümer anzuzeigen und für den erforderlichen Zeitraum anzumieten. Die Kosten hierfür sind in der entsprechenden Leistungsposition „Bereitstellungsflächen“ zu kalkulieren.

Soweit der AN weitere Flächen als der vom AG zugewiesenen Flächen zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich - rechtlichen Genehmigungen (z. B. 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z. B. Bescheid) vorzulegen. Ferner hat der AN für die Flächen ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Anmerkung:

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der Besonderen Vertragsbedingungen zu diesem Punkt beizubringen.

(min. Übergabeprotokoll und Rücknahmeprotokoll)

Für alle Lager- und Bereitstellungsflächen gelten folgende Regelungen als vertraglich festgelegt und mit den Einheitspreisen abgegolten:

Der AN ist Betreiber dieser Flächen.

Der AN hat unbefestigte Flächen grundsätzlich fach- und sachgerecht zur Nutzung herzurichten (z. B. Aufschottern mit Trennschicht zum darunter befindlichen Boden). Die Herrichtung der Flächen erfolgt in Abstimmung mit der Umweltfachlichen Bauüberwachung.

Der AN hat die genutzten Bereitstellungs- und Lagerflächen entsprechend des Urzustandes wiederherzustellen.

Durch den AN sind u.a. folgende Dokumentationen durchzuführen und dem AG zu übergeben:

- Dokumentation des Ist-Zustandes vor Inbetriebnahme
- Laufende Dokumentationen während des Betriebes
- Dokumentation des Zustandes nach Wiederherstellen der genutzten Flächen.

Es werden vom AG keine Flächen bereitgestellt. **Der AN hat sich die benötigten Flächen (auch DB-eigene) eigenverantwortlich anzumieten**, über den Umbauzeitraum vorzuhalten, zu räumen und wieder ordnungsgemäß herzustellen. Die Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

DB-eigene Flächen sind bei der DB InfraGO AG oder DB Services und Immobilien nachzufragen.

Die Klärung der Verfügbarkeit möglicher Flächen ist vorab durch den AN erforderlich.

Hierzu sind Abstimmungen im Einzelfall mit dem AG / Inhaber erforderlich.

Die Beräumung von Bereitstellungsflächen, Lager- und Montageflächen hat innerhalb von 6 Wochen nach der letzten Umbausperrung zu erfolgen.

Der AN hat selbstständig dafür zu sorgen, dass die zu nutzenden Flächen seinen Ansprüchen und denen der AG-seitig bestellten Nutzer genügen (Entsorger). Erreichbarkeit mit Sattel-Lkw muss sichergestellt sein. Lkw müssen wenden können, max. 50 m rückwärts rangieren.

0.1.9 Baugrund

Für die Gleiserneuerungsmaßnahme wurde eine Baugrunduntersuchung durch die DB Engineering & Consulting GmbH durchgeführt. Im Umbaubereich sind abschnittsweise erdbauliche Eingriffe in den Unterbau durch Einbau von Schutzschichten vorgesehen und erforderlich. Die zusammenfassenden Ergebnisse können den Planunterlagen entnommen werden. Das vollständige Baugrundgutachten mit Stand vom 15.03.2024 kann beim AG abgefordert werden.

0.1.10 Bleibt frei

0.1.11 Bleibt frei

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Schutzgebiete:

Der Umbaubereich zwischen Pönitz und Pansdorf befindet sich nicht im Bereich einer Wasserschutzzone bzw. in ausgewiesenen Natur- bzw. FFH-Schutzgebieten.

Denkmalpflegerische Belange sind von der Baumaßnahme nicht betroffen.

Lärmschutz:

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht- /Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, die vom AN im Rahmen der übertragenen Planungs- bzw. Ausführungsleistungen nach Maßgabe der vertraglichen Vorgaben zu erarbeiten und inhaltlich von ihm zu konkretisieren sind“ (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, mindestens 6 Wochen vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen.

Anmerkung: Der Umbaubereich grenzt in den Gemeinden Pönitz, Garkau und Pansdorf an Mischgebiete mit Gewerbe und Wohngebäuden. Im Bereich der freien Strecke grenzen hauptsächlich landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Die BE-Fläche 2 in Eutin liegt ebenfalls in der Nähe von Wohngebäuden. An das Gleis 11 in Eutin grenzt das Bundeswehrgelände der Oberst-Hermann-Kaserne.

Die Baumaßnahmen und damit verbundene Geräuschimmissionen sind in allen Bereich mit Wohngebäuden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Bei erforderlichen Arbeiten innerhalb der Schutzbedürftigen Zeit (22:00 – 06:00 Uhr) sind die zulässigen Grenzwerte nach Bundesimmissionsschutzgesetz einzuhalten. Können lärmintensive Arbeiten innerhalb der vorgeannten Zeit nicht ausgeschlossen werden, sind wie oben beschrieben, rechtzeitig vor Baubeginn entsprechende Ausnahmegenehmigungen zu beantragen und die betroffenen Anwohner rechtzeitig mindestens 7 Tage vor Beginn der lärmintensiven Arbeiten vorzu informieren (Wurfzettel).

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Im Bereich der Baustelle und dem Baubereich angrenzenden Bäume, Pflanzen, Vegetationsflächen und dergleichen sind zu schützen. Die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Gesetze und Normen sind zu beachten.

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Siehe 0.1.3

0.1.18 Kampfmittel

0.1.18.1 Kampfmittelfreimessung

Kampfmittelvoreinschätzung

Durch den AG wurde eine Kampfmittelvoreinschätzung (z.B. Luftbildauswertung) auf das Vorhandensein von Kampfmitteln durchgeführt. Das Antreffen von Kampfmitteln ist nicht wahrscheinlich.

Der Umbaubereich verläuft ausschließlich durch kampfmittelunverdächtige Gemarkungen.

Laut Kampfmittelverordnung Schleswig-Holstein sind somit keine weiteren Maßnahmen zur Kampfmittelerkundung erforderlich.

0.1.18.2 Gestellung Fachaufsicht für Kampfmittelräumung

Bleibt frei

0.1.19 Baustellenverordnung

Für die Baustelle ist ein Koordinator (Gestellung durch AG) nach der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung) bestellt.

0.1.20 Auflagen Dritter

Keine besonderen Anmerkungen

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

Zu Beginn der Sperrpause sind Arbeiten der Fachgewerke (LST, EuM und Tk) erforderlich.

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Durch den AG gesondert vergebene Leistungen

Ausrüstungsgewerke (Anlagen der DB InfraGO)

- EEA für Betriebserden
- Leit- und Sicherungstechnik

Durch Rahmenvertragspartner

- Einrichtung Bauzustand, Baugleissicherung und Anordnung Sh2 Scheiben usw.
- Bauzeitliche Demontage LST-Anlagenkomponenten im Gleis

Korrespondierende Planungen

Nicht bekannt.

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

Den Ausschreibungsunterlagen ist ein Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.01 beige-fügt.

Wesentliche Arbeitsabschnitte: Siehe Punkt A „Projektübersicht“

Vorarbeiten: vom 12. bis 15.11.2026 jew. von 01:00 Uhr bis 04:30 Uhr

Hauptarbeiten: vom So, 15.11.2026 ab 22:00 Uhr bis Do, 03.12.2026; 05:00 Uhr

Nacharbeiten: vom 04. bis 07.12.2026 jew. von 01:00 Uhr bis 04:30 Uhr

Der Belastungsstopfgang erfolgt vsl. 3-4 Monate nachgelagert, in voraussichtlich 8 Schichten a 7h nachts.

Zeiten für Dua-Stopfgang folgen separat. Für die Fachdienste ist mindestens 1h zu Beginn und Ende der Dua-Sperrpause zeitlich zu berücksichtigen.

Besonderheiten:

Auf Grund des Bahnbetriebes im Umbauzeitraum zwischen Kiel und Eutin/Pönitz ist die Zuführung und Entsorgung per Bahn aus Richtung Kiel nur stark eingeschränkt möglich. Die Ver- und Entsorgung der Baustelle per Bahn ist während des Umbauzeitraumes weitgehend aus Richtung Lübeck (Bad-Schwartau) im Bauablauf zu berücksichtigen.

Um die Erneuerung des Oberbaus im Fließbandverfahren in einem Arbeitsgang ausführen zu können wurde nach erfolgtem Ausbau aller Zwangspunkte im Rahmen der Planung von nachstehend aufgeführtem Basis-Bauablauf ausgegangen:

1. Ausbau aller BÜ-Ausplattungen / Rückbau der Bahnsteigkante des ehem. Hp Gleschendorf
2. MBR in allen GE-Abschnitten ohne Plv
3. Plv Einbau mit integrierter BR
4. GE im Fließbandverfahren durchgehend
5. Erneuerung der BÜ-Ausplattungen an 2 BÜ, Wiedereinbau der Ausplattungen an 6 BÜ
6. Durchführung Probefahrt auf Anweisung des AG

Zusammenfassung der Angaben aus dem LV bei unterschiedlichen Bauverfahren:

von km	bis km	Länge (m)	Ggf Bauwerk	Bautechnologie Gleis	Bautechnologie Bettung	Bautechnologie Plv
11,924	14,840	2916		GMT	GMT	
13,768	13,913	145	Rückbau ehem. Bstg Gleschendorf			
14,840 ^{*)}	15,060 ^{*)}	220		GMT	GMT	GMT
15,050	15,690	630		GMT	GMT	
15,690 ^{*)}	17,610 ^{*)}	1920		GMT	GMT	GMT
17,610	18,866	1256		GMT	GMT	

^{*)} - inklusive Übergangskeile -

Nach erfolgtem Gleisumbau:

Erneuerung des BÜ-Belagssystems an den Bahnübergängen BÜ 13,5 und BÜ 18,5.

Wiedereinbau der BÜ-Belagssysteme an den Bahnübergängen BÜ 13,7, BÜ 14,1, BÜ 14,6, BÜ 15,5, BÜ 17,4 und BÜ 18,8

Durchführung Probefahrt nach Wiedereinbau aller Gleisschaltmittel durch Fachdienste (Ein- / Ausschaltungen BÜs). Dazu ist durch den AN ein entsprechendes Triebfahrzeug (Az-Lok + Tfz) zu stellen.

Weitere Nacharbeiten (z.B. Wiederherstellung Gleisvermarkungen, Schachtdeckel, Nachrüstung Entwässerungsanschlüsse Rinnen an den BÜs 15,5 und 18,5) siehe Planunterlagen und LV.

Anmerkung: Rückbau der alten Gleisvermarkungen erfolgt erst nachgelagert in einer gesonderten Sperrpause nach Umbauende. Voraussetzung: Die Neueinmessung der neuen Gleisvermarkungen durch den Fachdienst Vermessung des AG muss erst erfolgt sein.

Abhängigkeit von Leistungen anderer

keine

Zeiten für Fachdiensttätigkeiten:

Beim Bauablauf sind folgende Zeiten für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. notwendige Fachdiensttätigkeiten des AG oder Dritter, insbesondere LST und E-Dienst, freizuhalten, wie folgt:

Umbauabschnitt	von		bis	
Zum Umbauanfang				
für Fachdienste LST/EuM/Tk (10h)	15.11.2026	22:00 Uhr	16.11.2026	08:00 Uhr
Zum Umbauende				
Neuschienenschleifen (erfolgt durch den AG)				
Fachgewerke LST/EuM/Tk mit anschl. Aufhebung Bauzustand (20h)	02.12.2026	09:00 Uhr	03.12.2026	05:00 Uhr
Ola-Regulierung - entfällt -	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
Qualitätsstopfgang	n.n.	n.n.	n.n.	n.n.

Für zeitparallele Fachdiensttätigkeiten des AG stehen die vorgenannten Zeiten dem AN nicht für die Ausführung von Leistungen zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit reduziert sich gemäß der in der Tabelle genannten Zeiten entsprechend.

Gleichzeitig hat der Bau AN seine Bauarbeiten so zu planen, dass keine zusätzlichen/geänderten Einsätze der Fachdienste des AG, als die oben genannten, notwendig werden.

Zeiten für Arbeiten Dritter / korrespondierende Maßnahmen:

keine

Arbeitsunterbrechungen:

Bleibt frei

0.2.2 Erschwernisse

Siehe 0.1.3

Bei einem Einsatz von mobilen und stationären Baukränen, Betonpumpen, Hubsteigern und ähnlichem an bzw. in der Nähe von Anlagen der Infrastrukturbetreiber ist eine Krananweisung abzuschließen. Gilt nicht für Schienenkrane.

0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.4 Sicherungsmaßnahmen (gem. DIN 18325 0.2.7)

0.2.4.1 Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AG

Allgemeines

Die Sicherungsleistungen umfassen alle Leistungen zur Abwendung von Gefahren aus dem Bahnbetrieb, soweit diese von bewegten Schienenfahrzeugen ausgehen.

Aus Sicht der Planung sind nachstehenden Sicherungsmaßnahmen nach Ril 132.0118 erforderlich:

Der Umbau erfolgt unter Totalsperrung mit Baugleisregelung. Sicherungsmaßnahmen sind in diesem Zeitraum nicht erforderlich.

Für Ortsbegehungen im Vorfeld wie z.B. Kabeleinweisung erfolgt die Sicherung mittels UV-Sperrung. Entsprechende Anträge (1.Seite) sind im Sipla-Workflow rechtzeitig (> 20 Werk-tage) zu beantragen.

Für ggf. technologiebedingte erforderliche Vor- und Nacharbeiten z.B. Dua-Stopfgang außerhalb des vorgenannten Zeitraums der Totalsperrung muss die Sicherung vor Gefahren aus dem Bahnbetrieb gesondert angemeldet und beantragt werden.

Unabhängig davon obliegt die abschließende Festlegung zur Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Eisenbahnbetrieb der für den Bahnbetrieb zuständige Stelle (BzS) der DB AG.

0.2.4.2 Sicherung der Baustelle gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb und bauaffine Dienstleistungen – Durchführung durch AN

bleibt frei

0.2.5 Kontaminierte Bereiche

bleibt frei

0.2.6 Besondere Anforderungen an Baustelleneinrichtungen

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

Baustelleneinrichtungs- und Zwischenlagerfläche bei km 49,8 (Bundeswehr Oberst-Herrmann-Kaserne)

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Regelung gültig seit 01.08.2023 - Umweltverträglichkeit auf Basis der Klassifizierung nach Ersatzbaustoffverordnung (EBV) bzw. BBodSchV

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) am 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial oder MEB im Bauvorhaben die schriftliche Zustimmung des AG dafür einzuholen, dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen und es ist die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen untersagt für ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten Mineralischen Ersatzbaustoffe wie u.a. Kuppel- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen

bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Erfüllt ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien, hat der AN in Verbindung mit dem Antrag zusätzlich eine Voranzeige gemäß Anlage 8 EBV im System ZEDAL zu erstellen:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0*, Baggergut mind. BG-F0*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder
2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge $\geq 250 \text{ m}^3$ eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o. g. Materialien vom AN im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

0.2.14 Umgang mit aufarbeitungsfähigen Stoffen

LST-, TK-Reststoffe und Schrott

Die Verschrottung (der Verkauf) von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl-, NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG. Die genannten Restbaustoffe verbleiben im Eigentum des AGs.

An der Bereitstellungsfläche bzw. Übergabestelle erfolgt die Übernahme dieser ausgebauten Recyclingmaterialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Sofern Material zur Verschrottung oder Entsorgung bestimmt wird, sind die Restbaustoffe durch den AN auf einem zentralen Zwischenlagerplatz im Baustellenbereich bereitzustellen. Der Aufwand hierfür ist einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Übersicht der Materialien und der Abholorte und Transport ab Abholung:

Abholtermin	Material	Abholung per	Ort
ab 01.12.2026	Schienenschrott aus GE	Schrottcontainer	BE-Flächen

Siehe auch 0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

Es ist bei Entsorgung der Stoffe bzw. Zuführung zur Aufbereitung zwischen zwei grundsätzlichen Varianten zu unterscheiden:

1. Entsorgung durch den Auftraggeber (DB InfraGO AG, OE Baulogistik) und Zuführungskonzept zur Aufbereitung siehe 0.2.15.1
2. Entsorgung durch den Auftragnehmer – siehe 0.2.15.2

In nachfolgender Tabelle ist beschrieben für welches Material wer für Entsorgung / Zuführung zur Aufbereitung verantwortlich ist und in welchem Kapitel dieser Baubeschreibung die geltenden Regelungen beschrieben werden:

Material	Entsorgung der Stoffe bzw. Zuführung zur Aufbereitung durch	Regelung im Punkt der Baubeschreibung
Schrott (Schienen, Kleineisen, Stahlschrott) und/oder LST-Reststoffe	Auftraggeber	0.2.15.1
Altschwellen	Auftraggeber	0.2.15.1
Altschotter inkl. BRM-Material	Auftraggeber	0.2.15.1
Bodenaushub	Auftraggeber	0.2.15.1
BÜ-Belag alt	Auftragnehmer	0.2.15.2
Betonabbruch	Auftragnehmer	0.2.15.2
ZWs in BigPacks	Auftragnehmer	0.2.15.2
Material aus dem Rückschnitt von Vegetation, Wurzelwerk., Stubben	Auftragnehmer	0.2.15.2

Für Abfälle, die der AN im Rahmen seiner Leistung erzeugt, gilt jedoch immer Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“, im Nachfolgenden nur noch „Anlage 2.13“ genannt.

Für folgende sonstige Abfälle gelten gleichermaßen die Regelungen der Anlage 2.13:

Asphalt, Zwischenlagen (ZW), Kabelkanäle, Betonabbruch, BÜ-Beläge, metallischer Schrott

0.2.15.1 Entsorgung durch den Auftraggeber / Zuführungskonzept

Die nachstehenden Ausführungen gelten ergänzend zur Anlage 2.13 zum Bauvertrag.

0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept

Abholung durch den AG

Übersicht der Materialien und der Abholorte und Transport ab Abholung (z.B.: Tarifpunkt oder BE-Fläche):

Abholtermin ^{*)}	Material	Verwendung	Abholung per	Ort
offen	Altbettung / Abrieb	Entsorgung	Bahnwagen (K/Res)	Tarifpunkt
offen	Boden aus Plv-Bereichen	Entsorgung	vorauss. per Lkw	BE-Flächen
offen	Altschwellen aus Fließbandumbau	Entsorgung	Spezialwagen (Sps/Slps)	Tarifpunkt
offen	Schienenschrott GE Pönitz - Pansdorf	Verschrottung	Schrottcontainer	BE-Flächen

Transport und Übergabe durch den AN

Übersicht der Materialien und der Übergabeorte:

Abholtermin ^{*)}	Material	Abholung per	Ort
offen	Altbettung / Abrieb	Bahnwagen (K/Res)	Tarifpunkt
offen	Boden aus Plv-Bereichen	vorauss. per Lkw	BE-Flächen
offen	Altschwellen aus Fließbandumbau	Spezialwagen (Sps/Slps)	Tarifpunkt
offen	Schienenschrott GE Pönitz - Pansdorf	Schrottcontainer	BE-Flächen

0.2.15.1.2 Handhabung von Bodenaushub und Bauabfällen

Zur Information, Trennung und Kennzeichnung bei Ausbau, Übergabe und Entsorgung gilt Anlage 2.13 zum Bauvertrag für alle Abfälle.

Haufwerksbildung und Bereitstellung

Für Bereitstellungsflächen und die Sicherungsmaßnahmen auf Bereitstellungsflächen gilt Anlage 2.13 zum Bauvertrag.

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von max. 500 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

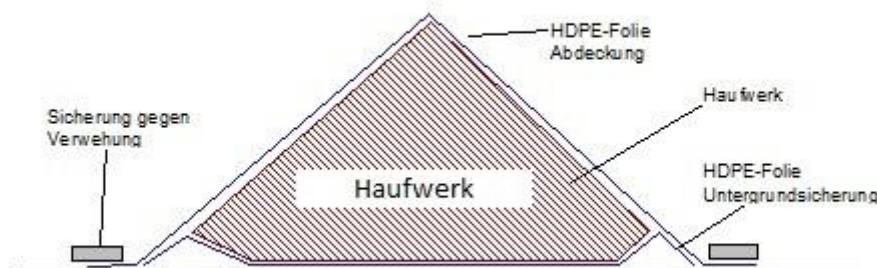
Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Abfälle mit der Einstufung LAGA Z 1.2 bis Z2, GS2 und GS3 bzw. RC 2 und RC 3/ BM 2 und BM3 gemäß EBV sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung, jedoch ohne unterliegende Folie, zu sichern. Das von der Oberflächendichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfälle müssen neben der Oberflächenabdichtung eine Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie entsprechend der nachfolgenden Abbildung erhalten.

Alternativ zu der beschriebenen Abdeckung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Wenn auf der Ladestelle eine Asphaltdecke in Straßenbauweise vorhanden ist, kann auf die Folien-verwendung (Abdeckung Boden und Abdeckung Haufwerk) verzichtet werden.

0.2.15.1.3 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG durchgeführt.

Zum Zeitpunkt der Ausschreibung liegt die Deklarationsanalytik noch nicht vor. Die Erstellung ist für 2026 vorgesehen.

Es ist jedoch von einer Belastung größer/gleich Z 1.2, GS-2, BM-F2, RC-2 auszugehen.

0.2.15.2 Entsorgung durch den Auftragnehmer / Zuführung

Während des gesamten Bauvorhabens ist eine abfallwirtschaftliche Dokumentation zu erstellen, die alle Zu- und Abgänge beim Wiedereinbau von Boden im Bauvorhaben sowie der Entsorgung von Bauabfällen lückenlos nachweist. Dabei gelten die Anforderungen der Nachweisverordnung (NachwV) in der aktuellen Fassung sowie die Vorgaben des AG. Die abfallrechtliche Nachweisführung besteht aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges

(Genehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

In den Bauvorhaben der DB InfraGO AG ist auch die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle (ngA) gemäß § 24 NachwV zu dokumentieren (Vereinfachte Nachweisführung). Die DB InfraGO AG strebt darüber hinaus die gemeinsame Abwicklung der Nachweisführung für gefährliche und nicht gefährliche Bauabfälle über das elektronische Abfallnachweisverfahrens (eANV) an.

0.2.15.2.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat in seiner Ausführungsplanung (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind der Projektleiter, die BÜ und die umweltfachliche Bauüberwachung (UBÜ) des Auftraggebers zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat auf der Baustelle (vor Ort) einen Abfallverantwortlichen der Baustelle (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position).

Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für Probenahme, Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich nach DIN EN ISO / IEC 17025 zertifizierte bzw. durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle akkreditierte Nachauftragnehmer einzusetzen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch mit Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw.

nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG, Region Nord, Projekt: - GE mit PSS Pönitz – Pansdorf
---	---

Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)
---	------------------------

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeugereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.2.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die BE-Flächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG planfestgestellten BE-Flächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer in Abstimmung mit dem AG als AwSV – Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.2.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV- Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür

zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜ zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.2.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis auf Grundlage der Materialklassen der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) aus. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Materialklasse gemäß EBV
Boden ≤ 10% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-0*
Boden ≤ 50% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-F0*, BM-F1, BM-F2, BM-F3
Gleisschotter	17 05 08	GS-0, GS-1, GS-2, GS-3
Beton(bruch)	17 01 01	RC-1, RC-2, RC-3
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

BM-x: Bodenmaterial Materialklasse X mit **bis zu 10 %** mineralische Fremdanteile

BM-Fx: Bodenmaterial Materialklasse X mit **bis zu 50 %** mineralische Fremdanteile

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

0.2.15.2.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchmaterial

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

0.2.15.2.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffe sowie Schrott

Siehe 0.2.15.1.1 Entsorgungs- und Zuführungskonzept (AG)

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

0.2.15.2.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von max. 500 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

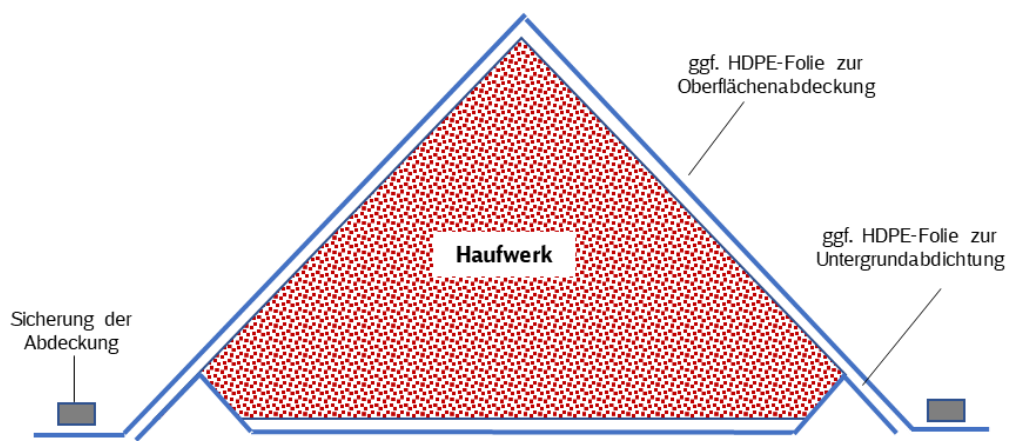
Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Abfälle mit der Einstufung LAGA Z 1.2 bis Z2 bzw. GS2 und GS3/ RC 2 und RC 3/ BM 2 und BM3 gemäß EBV sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung, jedoch ohne unterliegende Folie, zu sichern. Das von der Oberflächendichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfälle müssen neben der Oberflächenabdichtung eine Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie entsprechend der nachfolgenden Abbildung erhalten.

Alternativ zu der beschriebenen Abdeckung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.2.9 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallverantwortlichen des AN zu erfolgen.

0.2.15.2.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

0.2.15.2.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
- Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB InfraGO AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.2.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BlmSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzenden Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

0.2.15.2.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN

beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen, einzuscannen und dem VE als Anhang beizufügen. Die Annahmeerklärung ist vom AN auszufüllen und mit folgendem Zusatz zu signieren: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: AN, siehe Original-AE im Anhang.

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB rechtzeitig anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer und / oder Entsorger nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Lieferscheine / Wiegenoten in der Spalte des Beförderers und Entsorgers der verwendeten Registerbelege zu erfassen und diese in der Rolle des Entsorgers qualifiziert zu signieren.

Für die ordnungsgemäße Verbleibsdokumentation der entsorgten ngA ist es ausreichend, wenn der Entsorger durch Signieren der RB im eANV-System die Entgegennahme des Abfalls bestätigt. Eine elektronische Signatur des Beförderers ist nicht erforderlich.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papierausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

0.2.15.2.10.4 Einbaudokumentation gemäß Ersatzbaustoff-Verordnung

Sofern der AN mittels der vorgesehenen LV-Position mit der Erstellung der erforderlichen Einbaudokumentation gemäß § 25 der ErsatzbaustoffVO für die von ihm in technische Bauwerke eingebauten mineralischen Ersatzbaustoffe beauftragt wurde, hat er diese elektronisch im System ZE-DAL zu erbringen.

Der Auftragnehmer wird in diesem Fall vom AG als Verwender von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) festgelegt und hat für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein

zu erstellen. Als zu-sammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ist diese ebenfalls vom AN im ZEDAL zu erstellen und ersetzt das Deckblatt, die Lieferscheine sind auch hier wie oben beschrieben zu erstellen.

Nach Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus durch den AG legt dieser eine elektronische Akte und das Deckblattformular in ZEDAL an, der AN hat dazu die entspr. Daten der MEB zuzuliefern. Der AN erstellt anschließend aus dem Deckblatt einen Muster-Lieferschein, und generiert daraus die benötigten Lieferscheine, vervollständigt und signiert diese elektronisch. Nach Abschluss des MEB-Einbaus ist die vollständige Dokumentation dem AG zu übergeben.

0.2.15.2.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

- Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
 - Volumenermittlung von Haufwerken,
 - Volumenermittlung Baugrube,
 - Nettoverwiegung auf der Baustelle,
 - Zählprotokoll.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.2.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben. Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 Materialbeistellung durch Auftraggeber

Die nachstehenden Ausführungen gelten ergänzend zur Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“

Materialbeistellung für nachfolgende Stoffe

Liefertermin/ Bereitstellung *)	Material	Transportmittel	Ort	Verwendung
GE Pönitz-Pansdorf				
offen	Neuschienen	Bahnwagen	Tarifpunkt, Zuführung über Lübeck	Gl.1110 km 11,924 – km 18,866
offen	Neuschwellen für Fließbandumbau	Sps466 bzw. Slps 462/464	Tarifpunkt, Zuführung über Lübeck	Gl.1110 km 11,924 – km 18,866
offen	Füllschotter	Bahn (Fc/Fac)	Tarifpunkt	Gl.1110 km 11,924 – km 18,866
offen	BÜ-Ausplattungen für 2 Bahnübergänge (innoSTRAIL® und pontiSTRAIL®)	Lkw	BE-Fläche	für BÜ 13,5 (innoS- TRAIL®) und BÜ 18,5 (pontiS- TRAIL®)
offen	Gleisvermarkungs- pfosten	Lkw	Tarifpunkt	Gl.1110 km 11,924 – km 18,866

Grundsätze Versorgung

Schienen:	max. 3.600 m/d	öffentliche Wagen
Schwellen:	max. 3.600 St./d	öffentliche Wagen
	max. 3.600 St./d	auf Schwellentransportwagen (Slps)
	max. 480 St/d	bei Lieferung mit LKW
Schotter:	max. 2.000 t/d	2 x Gestellung von 1000 t auf Wagen des AG
	max. 500 t/d	bei Lieferung mit LKW

Keine Lieferung an Sonn- und Feiertagen.

Ausnahme:

Soweit Materialien und Stoffe betroffen sind, welche für den Bauzustand der Baumaßnahme erforderlich sind (z.B. Montageschienen, Laschen, Zwingen, Bolzen etc.), sind diese abweichend von Ziffer 16.4 „Besondere Vertragsbedingungen“ und Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“ durch den AN zu stellen und zu unterhalten.

Gleiches gilt für evtl. anzubringende Notstromverbinder (siehe Merkblatt für Triebstromrückführung). Diese hat der AN zu stellen und auf Weisung des AG anzubringen und bis zum endgültigen Verschweißen zu unterhalten.

Beistellung Oberbaumaterial durch AN:

Abweichend von VOB C DIN 18325 – Gleisbauarbeiten, ergänzend zu den „Besondere Vertragsbedingungen“ Ziffer 16.4 und Anlage 2.13 „Regelungen zu auftraggeberseitig beigestellten Oberbaumaterialien (Ver- und Entsorgung)“ werden folgende Materialien und Stoffe durch den **AN** gestellt bzw. durch diesen angeliefert.

Liefertermin/ Bereitstellung an Baustelle	Material	Transportmittel	Abholort	Verwendung
nach Wahl des AN	Fertigfundamentbal- ken (Legefundamente) für Auflagersteine (Bo- dan)	nach Wahl des AN	Lieferung frei Baustelle	BÜ 13,7
nach Wahl des AN	Betonbreitborde (STRAIL)	nach Wahl des AN	Lieferung frei Baustelle	BÜ 14,6
nach Wahl des AN	Randwegmaterial	nach Wahl des AN	Lieferung frei Baustelle	Alle Bauabschnitte
nach Wahl des AN	Bauhilfsstoffe	nach Wahl des AN	Lieferung frei Baustelle	Alle Bauabschnitte

Tarifpunkte

Übergabe-/Tarifbahnhöfe:

- Maschen Rbf

0.2.17 Materialliefer- und Abfuhrplan

Liefertermine (Tag und Stunde am Tarifpunkt), Lieferorte (bei Lkw-Lieferung) und Mengen der vom AG bereitzustellenden Stoffe sowie die Bereitstellungstermine, -orte und Massen der Entsorgung sind durch den AN spätestens 15 Wochen vor Projektrealisierung dem AG verbindlich schriftlich mitzuteilen.

Dies gilt unbeschadet der in den Ausschreibungsunterlagen genannten verbindlichen Liefertermine. Diese sind in jedem Fall zwingend zu beachten und einzuhalten, soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart wird.

Mehrmengen, die vom AN veranlasst und über die Mengen des Leistungsverzeichnisses hinausgehen, jedoch nicht verbraucht werden, werden dem AN in Rechnung gestellt (Lieferkosten, Fracht, Entsorgung).

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer

-entfällt-

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragten Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination, wird gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 Betriebliche Angaben (gem. DIN 18325 0.2.3 und 18325 0.2.5)

Betriebliche Regelung Umbaugleis:

Der Umbaubereich wird während der Hauptarbeiten total gesperrt und zum Baugleis erklärt.

Für die Nutzung des Bundeswehranschlusses in Eutin ist ein Umsetzen in Eutin erforderlich. Auf Grund des zwischen Kiel und Eutin stattfindenden Zugverkehrs sind rechtzeitig betriebliche Abstimmungen zu führen.

Sperrabschnitte und Sperrzeiten:

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind in der Anlage 1 VB den Vorbemerkungen angefügt. Die betriebliche Einordnung liegt noch nicht vor. Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig.

Durch betriebliche Erfordernisse des AG können Zugverspätungen auftreten. Betriebsbedingte Änderungen der Sperrpausen und Arbeitszugfahrten (z. B. durch Verspätungen, Bedarfszüge) sind möglich. Wartezeiten pro AZ-Fahrt bzw. am Sperrpausenbeginn/-ende bis jeweils 30 Minuten, die abweichend vom Bauablaufplan und Betriebsablaufplan aufgrund betrieblicher Unregelmäßigkeiten entstehen, werden nicht besonders vergütet.

Schutz-La / Nachlauf-La:

Für die Umbaumaßnahme ist eine Nachlauf-La 70 vom 03.12.2026 ab 05:00 Uhr bis 05.12.2026, 08:00 Uhr angemeldet.

0.2.24 Oberleitung (gem. DIN 18325 0.2.6)

Keine Oberleitung vorhanden.

0.2.25 Ausführung Bettungsarbeiten

GE Streckengleis km 11,924 bis km 18,866:

Das vorhandene Bettungsmaterial im Umbaubereich zwischen Pönitz und Pansdorf ist mittels gleisgebundener Bettungsreinigungsmaschine zu reinigen. Der Räumbalken ist in allen Bereichen ohne Planumsverbesserung auf max. 0,25 m unter Schwelle einzustellen. Der konsolidierte Grundsotter soll möglichst erhalten bleiben. In allen Bereichen mit maschineller Planumsverbesserung ist ebenfalls eine schienengebundene integrierte Bettungsreinigung durchzuführen. Hier ist nach Einbau der PSS eine Mindestbettungsstärke von 0,3 m unter Schwelle bei einer Planumsquerneigung von 1:20 einzuhalten.

Der Regelquerschnitt im Gleis 1110 ist mit 0,4 m Schotter vor Kopf zu profilieren.

Technologiebedingtes Umladen ist in den Logistikpositionen entsprechend zu berücksichtigen. Die Entsorgung des Abraums erfolgt durch einen vom AG beauftragten Entsorger von der BE-Fläche.

Der Umwelttechnische Bericht liegt noch nicht vor. Bis zur Fertigstellung wird von einer Belastungsklasse $Z > 2$ ngA ausgegangen. Der Schotter wird jedoch als nicht gefährlicher Abfall (ngA) klassifiziert.

Nach erfolgter Bettungsreinigung erfolgt die Wiederherstellung der Sollgleislage mittels Hebe- und Verdichtgang, 1. und 2. Stabilisierung nach Regelwerk.

0.2.26 Ausführung Rand- und Rangierwegarbeiten

Über die gesamte Länge der Erneuerungsabschnitte sind gemäß der folgenden Tabelle die Randwegprofile abhängig von den örtlichen Gegebenheiten her-/wiederherzustellen.

Von km	Bis km	Länge [m]	Gleis /Weiche	Seite (bezogen auf Kilometrierung)	Bemerkung
11,924	18,866	6.942	1110	beid-seitig	wiederherstellen / nachprofilieren

Die Randwegoberfläche ist gem. Ril 836 mit wasserdurchlässigem, trittsicherem und frostsicheren Randwegmaterial z.B. Splitt 8/16 bzw. gebrochenem Steinsand in einer Stärke von 10 cm zu befestigen.

0.2.27 Ausführung Planumsverbesserung

Von km	Bis km	Länge [m]	Gleis /Weiche	Einbau-breite	Bemerkung
14,850	15,050	200	1110	5 m	KG1, Dicke 30 cm
15,700	17,600	1900	1110	5 m	KG2, Dicke 20 cm

Alle Bereiche zzgl. Übergangskeile (je 10 m am Anfang und Ende)

0.2.28 Ausführung Entwässerungseinrichtung

An den Gleiskörperentwässerungen sind im Rahmen des Vorhaben mit Ausnahme der Erneuerung von Schachtdeckeln keine wesentlichen Arbeiten vorgesehen.

Am Bahnübergang km 15,547 / Schulendorf ist zur Ableitung des Oberflächenwassers aus der neu eingebauten Straßenquerentwässerungsrinne, im 3. Quadranten ein Sickerschacht DN 1000 Beton Tiefe 1,5 m mit einfacher Schachtabdeckung Klasse A nachzurüsten und die vorhandene Rinne mittels Sammelleitung UP DN150 an den Sickerschacht anzuschließen.

Weiterhin ist am Bahnübergang BÜ 18,846 / Pansdorf bahnrechts im 4. Quadranten eine 10 m lange Auffang- und Sickermulde, Sohlbreite und Tiefe ca. 0,6 m anzulegen und die ebenfalls dort vorhandene neue Straßenquerentwässerung mittels Sammelleitung UP DN150 anzuschließen.

0.2.29 Arbeiten im Tunnel (gem. DIN 18325 0.1.6)

bleibt frei

0.2.30 Arbeiten an Signalanlagen – Durchführung durch AN

- bleibt frei -

Die im Rahmen des Vorhabens erforderlichen LST-Leistungen zur Einrichtung des Bauzustandes etc. werden separat geplant und vergeben. LST Leistungen sind damit nicht Bestandteil dieser Ausführungsplanung.

0.2.31 Arbeiten Rückstromführung, Bahnerdung, Potenzialausgleich

Entfällt – der Umbaubereich ist nicht elektrifiziert.

0.2.32 Gleis-/Bauvermessung und Lichtraummessung

Der AN führt die Mess-Reg Messungen durch. Nach der Weichenmontage hat der AN eine Montagemessung der Weichen mittels Mess-Reg durchzuführen.

0.2.32.1 Absteckung

Mit der Übergabe der Unterlagen gemäß Ril 883.3200 sind die Verpflichtungen des AG im Sinne § 3 (2) VOB/B erfüllt.“

Der AN erhält die Daten in folgender Form:

- Festpunkte und Trassendaten im DB-Format oder alternativ Daten im ASC II – Format
- Plandaten in einem digitalen Format (z. B. TIF, DGN, DWG, PDF) oder alternativ als Papierkopie

Die Übergabe der Daten durch den AG erfolgt rechtzeitig vor Baubeginn und wird vom AN und dem AG schriftlich quittiert. Hierzu ist der Vordruck 883.3200V01 „Geodätische Absteckung; Niederschrift zur Übergabe“ zu verwenden.

Ergänzend dazu, ist der AN verpflichtet, die Detailabsteckung zur Bauausführung gem. Ril 883 zu erstellen. Diese muss so erfolgen, dass der Anschluss an die vorhandenen Gleise und Weichen lage- und höhenmäßig gewährleistet ist.

Der Bauüberwachung sind alle Sicherungspunkte nachweislich anzuzeigen. Der AN teilt dem AG das ausführende Ingenieurbüro mit.

0.2.32.2 Abnahmevermessung

Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die geodätischen Abnahmevermessungen nach Richtlinie 883 durchzuführen.

Die Abnahmevermessung schließt auch die Prüfung der Lichtraumfreiheit nach den Vorgaben der Ril 883.3400 mit ein.

Der AN teilt vor Beginn der geodätischen Vermessungen dem AG das mit der Ausführung der geodätischen Vermessungen beauftragte Ingenieurbüro mit. Es ist jeweils zu beachten, dass die durchgeführte Vermessungsleistungen gemäß Ril 883 unabhängig voneinander ausgeführt werden.

0.2.32.3 Lichtraummessung (und Engstellendokumentation)

Die Lichtraumvermessung und Engstellendokumentation erfolgt durch den AN.

Allgemein:

Die Engstellendokumentation ist die Grundlage für die Überprüfung außergewöhnlicher Transporte (Lü-Sendungen). Sie spiegelt die aktuelle Lage des Gleises im Bezug zu ortsfesten Anlagen zum Zeitpunkt der Messung wider. Durch Gleis- und Weichenerneuerungen wird die Gleislage verändert, wodurch das Engstellenverzeichnis seine Gültigkeit verliert. Daher ist nach Abschluss der Baumaßnahme das Engstellenverzeichnis zu aktualisieren. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885.

Das Engstellenverzeichnis wird bei der folgenden Abteilung vorgehalten:

DB InfraGO AG

I.NP-N-I (D)

Datenmanagement RB Nord

Eine Übersicht mit präqualifizierten Ingenieurbüros ist bei I.NP-x-I (D) verfügbar.

Leistungen des AN:

Die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten ist nach Richtlinie 883.0026 durchzuführen. Das mit der Bestandsdokumentation beauftragte Ingenieurbüro hat sich im Vorfeld der Messung mit der Abteilung Datenmanagement I.NP-N-I (D) in Verbindung zu setzen, um die erforderlichen Schritte abzustimmen (Grundlagen für die Bestimmung der Nachbargleisbedingungen, Erfassungsrichtung Knoten-Kantenmodell aus DB-GIS, „Lü-Gleise“, Koordinaten). Die der Datenbankstruktur bei I.NP-x-I (D) entsprechenden Ergebnisse der Lichtraumbestandsdokumentation sind vom AN mit einer unterschriebenen Prüfungs- und Eignungsbestätigung an die Abteilung Datenmanagement I.NP-x-I (D) zu übergeben.

Die Übergabe hat bis 2 Wochen nach Inbetriebnahme Str. 1110 zu erfolgen.

0.2.33 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer eine vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

Der AN verpflichtet sich die vsl. Abrechnungsmengen in iTwo mit jeder Abschlagsrechnung anzupassen und an die abrechnende Stelle des AG (Bauabrechnung) zu übermitteln.

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

Siehe Leistungsverzeichnis

0.4.2 Besondere Leistungen

siehe Leistungsverzeichnis

0.5 Technische Bearbeitung

0.5.1 Ausführungsunterlagen

keine besonderen Anmerkungen, siehe auch BVB Pkt. 16.2 „Planunterlagen“

0.5.2 Bestandsunterlagen und Dokumentation

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtigt sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.

Datenbestands- und änderungsbelege (DÄB) werden durch den AN erstellt, Leistung einzukalkulieren in die Baustellenlogistik.

Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.

Die Bauwerksbücher/Bauwerkshefte sind unmittelbar nach Fertigstellung der Bauwerke zur Durchführung der 1. Hauptprüfung vor der VOB-Abnahme vorzulegen.

Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.

Es ist eine Abstimmung mit dem Arbeitsgebiet IZ-Plan des AG durchzuführen.

0.5.3 Bauzeitenplan (Konkretisierung zu BVB 16.2)

Bauablaufplan des Bieters/Betriebsablaufplan:

Mit Angebotsabgabe ist als Terminplanung der Bauablaufplan des Bieters (entspricht dem „Bauzeitenplan“ in den BVBs) in Form einer Zeit-Wege-Darstellung gemäß Ril 823, z. B. nach dem System der Sperrpausenoptimierung (SOG-Plan) – auf der Grundlage des Rahmenterminplans des AG / der Ausschreibungsunterlagen einzureichen.

Der durch den AN zu erstellende Bauablaufplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Auftragserteilung erstmals vorzulegen.

Bei der Planung der internen Baulogistik bzw. der beim AN ggf. zusätzlich beauftragten schienegebundene Transporte sind die Streckenöffnungs- und Pausenzeiten der betroffenen Betriebsstellen / Streckenabschnitte zu beachten. Diese sind im Infrastrukturregister der DB InfraGO AG (Internetauftritt der DB InfraGO AG: <http://www.dbinfrago.com/web/schiennetz/netzzugang-und-regulierung/infrastrukturregister>) veröffentlicht.

Der Bauablaufplan ist mit aktualisiertem Stand zu den Besprechungen (T1 / T12) in jeweils 10-facher Ausfertigung vorzulegen. Des Weiteren ist der abschließend genehmigte Bauablaufplan ebenfalls in 10-facher Ausfertigung 2 Wochen vor Baubeginn als Datei und in Papierform gemäß Verteilerliste des AG zu verteilen.

In den jeweiligen Einheitspreisen der Bauleistungen sind weiterhin folgende Leistungen enthalten:

- Darstellung des Soll-Ist-Vergleiches im Bauablaufplan während der Bauausführung und Aufzeigen des kritischen Weges
- Erstellung und Dokumentation aller für die Abnahme gemäß Ril 824 erforderlichen Unterlagen und Erhebungen.

Betriebsablaufplan

Zum Zeitpunkt der T12-Besprechung (lt. Ril. 823.0150 Baudurchführungsbesprechung) muss der auf den vertraglich vereinbarten Bauzeitenplan abgestimmte, genehmigungsfähige Betriebsablaufplan vorliegen.